§ 4

(1) Die Vergütung der wissenschaftlichen Mitarbeiter der Gruppe „Lehrmaterial für Grundlagenfächer im Fachschulfernstudium“ erfolgt nach der Tabelle VI der Verordnung vom 22. Januar 1953 über die Vergütung der Tätigkeit der Lehrkräfte an den Fachschulen (GBl. S. 202, Ber. 390 und 956).

(2) Wissenschaftliche Mitarbeiter, die Diplomingenieure, Ingenieure oder Techniker sind, können nach der Tabelle VII der Verordnung vom 22. Januar 1953 (Industriezweig b) vergütet werden.

§ 5

Für die Durchführung der im § 2 Abs. 1 genannten Aufgaben sind die erforderlichen Haushaltsmittel sowie die entsprechenden Inventarien des bisherigen Instituts für Fachschulfernstudium der zu benennenden Fachschule zu übertragen. Der Struktur- und Stellenplan ist entsprechend der Verordnung vom 28. Mai 1953 über die Regelung des Stellenplanwesens (GBl. S. 796) aufzustellen und zu bestätigen.

§ 6

(1) Diese Durchführungsbestimmung tritt mit Wirkung vom 1. Juli 1955 in Kraft.

(2) Gleichzeitig tritt § 11 der Siebenten Durchführungsbestimmung vom 2. August 1954 zur Verordnung über die Einrichtung eines Fachschulfernstudiums für Werk tätige (GBl. S. 745) außer Kraft.

Berlin, den 9. August 1955

Staatssekretariat für Hochschulwesen

Prof. Dr. H a r i g
Staatssekretär

Anordnung

über die Führung der Berufsbezeichnung
„Baumeister“.

Vom 15. August 1955

Die aus der gesellschaftlichen Entwicklung in der Deutschen Demokratischen Republik sich ergebenden Möglichkeiten zur Ausbildung und Qualifizierung von Baufachleuten machen eine weitere Verleihung der Berufsbezeichnung „Baumeister“ nicht mehr erforderlich. Es wird daher angeordnet:

§ 1

(1) Die Verordnung vom 1. April 1931 über die Berechtigung zur Führung der Berufsbezeichnung „Baumeister“ — Baumeisterverordnung — (RGBl. I S. 131) wird aufgehoben.

(2) Personen, denen auf Grund der in Abs. 1 genannten Verordnung das Recht zur Führung der Berufsbezeichnung „Baumeister“ zuerkannt worden ist, sind auch weiterhin zur Führung dieser Berufsbezeichnung berechtigt.

§ 2

Diese Anordnung tritt mit Wirkung vom 1. August 1955 in Kraft.

Berlin, den 15. August 1955

Ministerium für Aufbau
W i n k l e r
Minister

Anordnung

zur Einführung der Arbeitsschutzbestimmung 90b.

— Hebezeuge und Anschlagmittel —

Vom 12. August 1955

§ 1

Die im Sonderdruck des „Gesetzblatt — Zentralblatt der Deutschen Demokratischen Republik“ Nr. 39/1954* veröffentlichte Arbeitsschutzbestimmung 908 — Hebezeuge und Anschlagmittel — wird hiermit als verbindlich erklärt und tritt am 1. September 1955 in Kraft.

§ 2

Die Arbeitsschutzbestimmung 908 — Hebezeuge und Anschlagmittel — in der Fassung vom 2. Januar 1952 (GBl. S. 128) wird mit Wirkung vom 31. August 1955 außer Kraft gesetzt.

Berlin, den 12. August 1955

Ministerium für Arbeit und Berufsausbildung

M a c h e r
Minister

* Zu beziehen über den örtlichen Buchhandel oder über das Buchhaus Leipzig, Leipzig C 1, Querstr. 4—6. *¹²³

Anordnung

über die Verwendung von Zink und Zinklegierungen.

— Verwendungsverbot Nr. 13 —

Vom 12. August 1955

Auf Grund des § 2 der Verordnung vom 28. Mai 1953 über die Verwendung volkswirtschaftlich wichtiger Materialien — Einführung von Materialeinsatzlisten und Verwendungsverboten — (GBl. S. 795, Ber. 811) Wird angeordnet:

§ 1

Umfang des Verwendungsverbot

(1) Die Verwendung von Zink und Zinklegierungen, auch als Oberflächenschutz in Form von Plattierungen, Überzügen und sonstigen Deckschichten, ist in dem aus den Anlagen I bis 3 ersichtlichen Umfang verboten.

(2) In allen übrigen Fällen ist der Einsatz von Zink und Zinklegierungen nur in dem technisch begründeten Umfang gestattet. Die Verarbeiter des Materials sind für die Prüfung im Sinne dieser Bestimmung verantwortlich.

(3) Die für verbindlich erklärten Materialeinsatzlisten werden von dieser Anordnung nicht berührt.

§ 2

Ausnahmeanträge

Anträge auf Erteilung von Ausnahmegenehmigungen können unter Beachtung der Ersten Durchführungsbestimmung vom 28. April 1954 zur Verordnung über die Verwendung volkswirtschaftlich wichtiger Materialien (GBl. S. 469) eingereicht werden.